

Resolution

Soziale Spaltung beim Wahlverhalten bekämpfen. Demokratie stärken!

Eine Initiative des Evangelischen Fachverbandes für Arbeit und soziale Integration e.V. (EFAS), Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande im Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH und der Initiative Pro Arbeit.

Die Bundestagswahl 2017 ist vorbei. Wieder haben Langzeitarbeitslose und Menschen aus dem prekären Milieu seltener gewählt als wohlhabende oder reiche Menschen. Das liegt nicht daran, dass Menschen aus prekären Schichten nicht wissen, was sie politisch wollen. Vielmehr sind sie enttäuscht, frustriert und wütend. Enttäuscht, weil Politiker/-innen ihre Sorgen nicht ernstnehmen und sie ignorieren. Frustriert, weil ihre Lebensleistung und ihre Bemühungen, Arbeit zu finden, nicht anerkannt werden. Wütend, weil sie als Menschen zweiter Klasse und als Sündenböcke behandelt werden. Das ergab die Studie „Gib mir was, was ich wählen kann.“, die Interviews mit langzeitarbeitslosen Nichtwählern ausgewertet und deren Motive erforscht hat (www.studie-nichtwaehler.de).

Wenn Teile der Bevölkerung nicht mehr an der Demokratie teilnehmen, weil sie sich nicht mehr vertreten fühlen, gerät die Demokratie in eine Schiefelage und verliert an Legitimation. Abgeordnete sind „Vertreter des ganzen Volkes“, so das Grundgesetz. Deswegen muss die Politik wieder dafür sorgen, dass die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

Die Initiatoren unterstützen darum die, in der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann.“ erhobenen, Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler und fordern von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und den Mitgliedern der Bundesregierung:

- Die Sorgen, Nöte und Probleme von Menschen aus prekären Lebenslagen nicht länger zu ignorieren, sondern wahr- und ernst zu nehmen. Die Betroffenen wollen, dass man ihnen zuhört und mit ihnen Lösungen findet, statt ihnen Lösungen überzustülpen.
- Die Lebensleistung dieser Menschen und ihre Bemühungen, Arbeit zu finden, anzuerkennen.
- Eine Grundsicherung, die tatsächlich gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht.
- Arbeit und einen Lohn, mit dem diese Menschen sich und ihre Familien ernähren können - ohne Aufstockung durch Hartz IV.
- Die Menschen brauchen passgenaue individuelle Angebote, die sie weiterbringen und helfen, Auswege aus ihrer schwierigen Situation zu finden.
- Eine sichere und ausreichende Rente für alle.

Stuttgart, den 6.11.2017

Marc Hentschke
Vorstandsvorsitzender

EFAS - Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.
Fachverband des Diakonischen Werkes der EKD